



Friedensbündnis Karlsruhe

[Startseite](#) • [Flugblätter](#) • [Texte](#) • [Termine](#) • [Suchen](#) • [Links](#) • [Impressum](#)

16.9.2010

Schulfrei für die Bundeswehr

*Kein Werben fürs Sterben!
Bundeswehr raus aus den Klassenzimmern!*

Vom 27.9. bis 1.10.2010 sind Jugendoffiziere der Bundeswehr an der Heinrich-Hübsch-Schule angekündigt. Was will die Bundeswehr an der Schule? Soldaten als Hilfslehrer? Die Bundeswehr als Job-Vermittler? Soldaten als Ausbildungshelfer?

NEIN! Sie will Schüler dafür werben, Soldaten zu werden. Werben für's Sterben!

Immer häufiger tauchen Jugendoffiziere der Bundeswehr in Schulen auf. Im letzten Jahr hat die Bundeswehr mehr als 6.500 Schulen angeschrieben, um sie zu einem Auftritt ihrer Werbetrupps zu bewegen. Manchmal geht der Brief an den Direktor, manchmal an einen Lehrer, zu dem man Verbindung hat.

Die Herren Offiziere haben bei ihren Schulaktionen ein doppeltes Interesse: Sie wollen Nachwuchs werben und gleichzeitig "die Heimatfront" auf Kurs bringen.

Nachwuchs für Kriegseinsätze

Die Bundeswehr braucht jedes Jahr 26.000 junge Männer und Frauen, die sich als Zeit- und Berufssoldaten verpflichten. Künftig will sie noch mehr Soldaten in weltweite Einsätze, auch in Kriegseinsätze, schicken. Die Auslandseinsätze treffen aber in der Bevölkerung auf Ablehnung. So ist die überwältigende Mehrheit der Bundesbürger gegen den Krieg in Afghanistan.

Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI) stellt daher auch einen engen Zusammenhang zwischen zunehmenden Kriegseinsätzen im Ausland und dem Rückgang der Verpflichtungen her:

"[Es] ist damit zu rechnen, dass den Jugendlichen immer mehr bewusst wird, dass es sich bei der Bundeswehr um eine Armee im Einsatz handelt und dass der Beruf des Soldaten erhebliche Risiken mit sich bringt.

Diese Erkenntnis wird zumindest bei einem Teil der jungen Männer und Frauen die Bereitschaft verringern, zur Bundeswehr zu gehen."

Das Ansehen der Bundeswehr ist aber nicht nur unter Jugendlichen gesunken, sondern auch bei denjenigen, die sich bereits verpflichtet haben. Nach einer Umfrage des Deutschen Bundeswehrverbandes vom Februar 2007 würden über 70% der heutigen Berufssoldaten Verwandten und Freunden davon abraten, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten. Besonders negativ ist der Umfrage zufolge das Stimmungsbild bei Soldaten, die an Auslandseinsätzen teilnehmen.

Deshalb wirbt die Bundeswehr mit dem "Karriere-Truck", mit Beach-Volleyball-Turnieren, mit dem "Girls-Day", über die Arbeitsagenturen und an Schulen, um Jugendlichen die Armee schmackhaft zu machen.

Kooperationsabkommen als Türöffner

Im Dezember 2009 hat das Wehrbereichskommando IV / Süddeutschland eine Kooperationsvereinbarung mit dem Kultusministerium Baden-Württemberg abgeschlossen. Zweck soll es angeblich sein, "Schulen und Lehrkräfte zu unterstützen, die mit ihren Schülerinnen und Schülern sicherheitspolitische Fragestellungen bearbeiten". Soldaten sind aber keine unabhängigen Fachleute für Außen- und Sicherheitspolitik. So wenig wie Öffentlichkeitsarbeiter der Atomindustrie Experten für künftige Energiepolitik sind oder Graf Drakula ein glaubwürdiger Sachverständiger für Gesundheitsthemen. Lobbyisten gehören nicht ins Klassenzimmer. Unterricht in gesellschaftspolitischen Fragen ist die Sache von ausgebildeten Lehrern. Wir brauchen qualifizierten Unterricht, gut ausgebildete Lehrer und mehr Geld für die Bildung - nicht "Hilfslehrer" von der Bundeswehr.

Das Kultusministerium will dagegen die Bundeswehr sogar bei der Aus- und Fortbildung von Referendaren und Lehrern einsetzen. Außerdem sollen Lehrkräfte auch zu Seminaren in die Kasernen geschickt werden.

Mit dem Kooperationsabkommen soll auch der Eindruck erweckt werden, es sei verpflichtend für die Schulen, die Bundeswehr in den Unterricht zu lassen. Schulleiter und Lehrer können sich aber weiterhin weigern.

Krieg ist kein Spiel

Im sogenannten "Beutelsbacher Konsens" wurden allgemeine Mindestanforderungen an die politische Bildung festgelegt. Es ist nicht erlaubt, Schüler mit einer bestimmten Meinung zu überrumpeln und sie so an einem selbständigen Urteil zu hindern. Und es müssen Themen, die in der Gesellschaft umstritten sind, auch im Unterricht als strittig dargestellt werden.

Dass Bundeswehr-Offiziere einseitig ihre Sicht zum Beispiel auf den Afghanistan-Krieg darstellen, ist also nicht zulässig. Trotzdem läuft es genauso ab. So heißt es in einem Brief Freiburger Jugendoffiziere an Freiburger Schulen vom November 2009: *"Wir, das Team der Jugendoffiziere Freiburg, haben beide teilgenommen am Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan und können somit aus 'erster Hand' über friedenssichernde Maßnahmen und Konfliktbewältigung im Ausland berichten. Wir freuen uns auf ihre Einladung."*

Was hier so beschönigend beschrieben wird, ist ein brutaler Krieg, in dem die Bundeswehr immer härter gegen Aufständische vorgeht, immer schwere Waffen einsetzt und offensichtlich auch in die "gezielte Tötung" von Gegnern verwickelt

ist.

Damit auch noch ein völkerrechtswidriger Krieg, wie die Teilnahme der Bundeswehr am Krieg gegen Jugoslawien, schöngeredet werden kann, müssen Jugendoffiziere ein Hochschulstudium und Erfahrungen in der Truppenführung vorweisen und werden speziell rhetorisch geschult. Gerne setzen sie das "Spiel" Pol&Is (Politik und Internationale Sicherheit) ein, um Schüler in ihre Richtung zu lenken. Themen sind in der Regel die Verteilung von Rohstoffen und Szenarien für weltweite Militäreinsätze. Dass die Bundeswehr laut Grundgesetz zur Verteidigung der Bundesrepublik da ist, wird "großzügig" ausgeblendet.

Gegen die Militarisierung der Schulen regt sich Widerstand. Immer mehr Schüler, Lehrer und Eltern wollen kein "Werben fürs Sterben" im Unterricht.

Das Friedensbündnis Karlsruhe unterstützt alle, die sich gegen Militärpropaganda in den Schulen zur Wehr setzen.

Wir fordern:

1. Bundeswehr raus aus den Schulen.
2. Mehr Geld für die Bildung.
3. Rüstung radikal runter.
4. NATO und Bundeswehr raus aus Afghanistan - Jetzt!

Hier gibt es weitere Informationen:

1. [Themenseite des Kasseler Friedensratschlages](#)
2. [Informationsstelle Militarisierung \(IMI\) e.V.](#)

Karlsruher Initiative Schulfrei für die Bundeswehr

Download:

Flugblatt: [fb20100916.pdf](#) (514 KB)